

## **Beschluss des Landrats vom 01.12.2022**

Nr. 1870

### **23. Multichecks versus S3 Check**

2022/70; Protokoll: ps

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Caroline Mall** (SVP) hält fest, die Thematik der Checks begleite den Landrat schon lange und der Regierungsrat halte daran fest, weil es das optimale Instrument sei. Man will vergleichen, prüfen, verbessern. Mit einer gewissen Punktzahl eignen sich die Jugendlichen für bestimmte Dinge, mit einer höheren Punktzahl könnten sie etwas Anderes erreichen. Die Kinder kommen in den Kindergarten, bekommen zum Teil erzieherische Massnahmen, in der Schule gibt es die ersten Checks, im Hintergrund beteiligen sich ein paar Firmen finanziell, um Tests auszuwerten. Die Lehrpersonen und Schulleitungen müssen Ressourcen für die Checks bereitstellen. Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sind nervös. Es wird darauf hin gelernt, Privatlehrpersonen engagiert etc. Quintessenz der Checks: Die Kinder werden am Schluss noch stärker durchleuchtet als ohnehin schon. Es gibt eine Laufbahnverordnung, welche Noten verordnet – ausser in der Berufswelt, dort sind andere Faktoren massgebend.

Die Lehrbetriebe beschwerten sich, dass die Multichecks zu wenig aussagen. Liest die Rednerin die Antwort des Regierungsrats, weshalb er das Postulat ablehnt, spricht diese eigentlich für das Postulat. Es ist bekannt, dass es Engpässe, Probleme etc. gibt, aber es gibt seit 2021 ein Gremium, welches Änderungen vorschlägt. Der P6-Check wurde zurückverlegt. Die Checks sind nicht das Gelbe vom Ei, und zwar für niemanden. Dies moniert sogar der Regierungsrat. Im Übrigen will auch die Handelskammer beider Basel von den Multichecks wegkommen. Will man an den Checks festhalten und ist bereit, Geld dafür auszugeben, Ressourcen einzusetzen, Kinder nervös zu machen, dann soll man Nägel mit Köpfen machen und nicht Jahre warten, bis man weiss, welche Checks man braucht und wie es andere Kantone handhaben. Auch wenn es sich um vierkantonale Checks handelt, darf man auch einmal den Mut haben und sagen, man will die Checks so ausgearbeitet haben, dass sie mit den Multichecks kongruent sind und die Multichecks entsprechend obsolet werden. Dies die Forderung des Postulats. Bis das soweit ist, soll der Kanton Basel-Landschaft den Jugendlichen bei der Absolvierung der Multichecks Hand bieten und die Kosten dafür übernehmen. Es kann nicht sein, dass zweigleisig gefahren wird. Der Regierungsrat soll vorwärts machen. Die Rednerin hofft, eine Mehrheit für ihren Vorstoss zu finden.

**Jan Kirchmayr** (SP) erklärt, dem Parlament und den Erziehungsberechtigten sei versprochen worden, dass der Multicheck mittelfristig durch Checks ersetzt und damit irgendwann hinfällig werde. Dies ist bis heute nicht erfolgt. Der Redner erwartet vom Regierungsrat, dass er seine Versprechen einlöst. Die Checks müssen für Betriebe, die Lernende anstellen, endlich von Nutzen sein, ansonsten müssen diese grundsätzlich in Frage gestellt werden. Der Redner versteht die Haltung des Regierungsrats nicht ganz. Es besteht gemäss Postulatsantwort kein Handlungsbedarf. Der Anspruch der Checks ist, dass daraus individuelle Fördermassnahmen abgeleitet werden können. Aber dies ist eine Utopie; von den Checks lassen sich kaum Fördermassnahmen ableiten. Wollte man Schülerinnen und Schüler fördern, könnte auch die zuständige Fachlehrperson gefragt werden anstatt viel Geld auszugeben. Der finanzielle Aufwand steht im Moment in keinem Verhältnis zum Nutzen. Was wird den Sekundarschülerinnen und -schülern noch alles zugemutet? Multichecks, Check S3, ÜGK, die absolviert werden muss sowie die PISA-Erhebung. Es gibt bereits genügend Vergleichstests. Der Redner träumt manchmal wieder von den Orientierungsarbeiten,

die am gleichen Tag geschrieben und von den Lehrpersonen im Schulhaus korrigiert wurden und wozu den Schülerinnen und Schülern eine gute Rückmeldung gegeben werden konnte. Zum Thema Transparenz: Haben die Schülerinnen und Schüler des Redners einen Schreibauftrag, muss dieser im Bildungsraum Nordwestschweiz am gleichen Tag zur gleichen Zeit stattfinden. In den vergangenen Jahren lagen die Termine immer um Wochen auseinander und die Schreibaufträge wurden unter den Schülerinnen und Schülern ausgetauscht. Die Schreibaufträge werden nach Zürich geschickt und von Studierenden – vielleicht sind es nicht einmal Germanistikstudierende – korrigiert. Es wird eine Punktzahl zwischen 1 und 1'000 vergeben; wie diese zustande kommt, weiss niemand. Pro Aufsatz haben sie fünf Minuten Zeit für die Korrektur. Dies ist völlig intransparent. Im letzten LVB ist zu lesen, wie dies im Fach Französisch funktionieren soll, und das Fazit lautet, es sei intransparent. Die Schülerinnen und Schüler kriegen zudem keine Rückmeldung, was sie nicht gut gemacht haben, sondern nur eine Punktzahl. Dies liegt in niemandes Interesse. Dafür wird viel Geld ausgegeben. Die Intransparenz muss bekämpft und ein sinnvolles Instrument für die Schulen geschaffen werden, das den Schülerinnen und Schülern eine gute Rückmeldung gibt, aber auch den Unternehmen dient. Der Redner hat nichts gegen sinnvolle Leistungserhebungen, aber sie müssen seriös und transparent sein – sowohl die Durchführung als auch die Auswertung. Deshalb bitte der Redner um Unterstützung des Postulats.

**Heinz Lerf** (FDP) hält fest, die FDP-Fraktion folge dem Regierungsrat und lehne das Postulat ab. Weniger ist mehr, wurde gesagt. Die Wirtschaft will mittelfristig den eher oberflächlichen Multicheck durch den eher besseren S3-Check ablösen. Dies gilt es weiterzuerfolgen. Eine weitere Finanzierung des Multichecks erscheint nicht mehr sinnvoll. Die Kräfte sollen auf die Weiterentwicklung des S3 verwandt werden.

**Patricia Bräutigam** (Die Mitte) erklärt, die Ausführungen des Regierungsrats seien für die Mitte/glp-Fraktion nachvollziehbar. Wie Regierungsrätin Gschwind gesagt hat, findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Kanton und den Firmen statt und die Checks werden laufend optimiert. Es soll die Zeit gegeben werden, damit dieses Ziel verfolgt werden kann. Eine völlige Anpassung des Checks S3 wird nicht als notwendig erachtet und die Kostenübernahme der Multichecks durch den Kanton lehnt die Fraktion ab. Das Postulat wird abgelehnt.

**Andrea Heger** (EVP) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion könne die Antwort des Regierungsrats nachvollziehen bezüglich Doppelspurigkeiten der Multichecks und Checks. Allerdings kann es sein, dass gewisse Fraktionsmitglieder durch die flammenden Voten überzeugt wurden.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) hält fest, die früheren Orientierungsarbeiten seien auch in der Kritik gestanden. Zur Forderung des Postulats, dass der S3-Check so überarbeitet werden soll, dass er mit dem Multicheck kongruent ist: Der Multicheck hat eine andere Funktion; er zeigt nur, wie schnell man eine Aufgabe in einer bestimmten Zeit lösen kann. Es handelt sich um eine Vorselektion. Dieser sagt nicht dasselbe aus wie der S3-Check, der zeigt, welche Fortschritte in den letzten Jahren erzielt wurden. Die Entwicklung von der dritten Primar- bis zur dritten Sekundarklasse ist ersichtlich – in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und in MINT-Fächern, in denen die Checks erfolgen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass der Multicheck nicht übernommen werden soll, auch nicht dessen Finanzierung. Dafür gäbe es keine rechtliche Grundlage. Der Regierungsrat ist bestrebt, den Check S3 weiterzuentwickeln, wie es Patricia Bräutigam erwähnt hat. Die Firmen arbeiten dabei mit, auch bei den Anforderungsprofilen, wo man sieht, was es für einzelne Berufe braucht und welche Fähigkeiten notwendig sind. Man ist daran interessiert, dies gemeinsam mit den Schulbeteiligten weiterzuentwickeln: mit den Vertretungen der Lehrpersonen, der Schulleitungen, der Schulräte etc. Beim Aufsatzschreiben wurde der Bedarf

erkannt und es wird darauf gedrängt, dass eine Verbesserung erfolgt. Die Rednerin bittet darum, das Postulat abzulehnen.

**Caroline Mall** (SVP) hat eine Frage. Geht sie richtig in der Annahme, dass der Regierungsrat in absehbarer Zeit – den Zeithorizont kennt man nicht, den Ablauf des Prozesses auch nicht – beabsichtigt, die Multichecks zu streichen? Ist es das Ziel des Regierungsrats, dass sich alle Unternehmungen am Check S3 orientieren und die Multichecks wegfallen?

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, der Multicheck werde von einem privaten Anbieter entwickelt. Die einzelnen Betriebe können nicht gezwungen werden, dass sie den Multicheck nicht mehr verlangen. Es wird eine Alternative angeboten – es wurde ein Check entwickelt – und der Kanton ist bestrebt, alle Lehrbetriebe entsprechend zu informieren und aufzuzeigen, was der Check im Vergleich zum Multicheck bietet. Was sie wählen, kann ihnen nicht vorgeschrieben werden. Es gibt jedoch viele Veranstaltungen zusammen mit der Wirtschaftskammer Baselland oder mit der Handelskammer beider Basel und der Austausch ist stetig. An diesen Informationsveranstaltungen zeigt sich, dass die Firmen interessiert sind. Die Rückmeldungen aus den Lehrbetrieben werden ernst genommen. Aber man ist noch nicht soweit. Es besteht der Wunsch, dass die Multichecks ersetzt werden, aber dies kann nicht vorgeschrieben werden. Es muss daran gearbeitet werden, dass der alternative Check bekannter wird. Die Corona-Pandemie hat das Ganze etwas zurückgeworfen, weil nicht informiert werden konnte. Der Bewerbungsprozess auf Lehrstellen war anders als sonst.

://: Mit 41:38 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

---